



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite				Passivseite			
	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015		31.12.2016	31.12.2015	31.12.2015
	€	€	€		€	€	€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>				<u>Gezeichnetes Kapital</u>	25.564,59	25.564,59	
1. Entgeltlich erworbene Software		150.999,17	45.397,50	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			
II. Sachanlagen				1. Immaterielle Vermögensgegenstände	150.999,17	45.397,50	
Betriebs- und Geschäftsausstattung		593.578,47	609.005,97	2. Sachanlagen	593.578,47	609.005,97	
III. Finanzanlagen				3. Finanzanlagen	318.253,17	337.537,80	
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.565,00		25.565,00				991.941,27
2. Sonstige Ausleihungen	318.253,17		337.537,80	C. Rückstellungen			
		343.818,17	363.102,80	1. Sonstige Rückstellungen		768.958,00	661.361,00
		1.088.395,81	1.017.506,27	D. Verbindlichkeiten			
B. Umlaufvermögen				1. Erhaltene Anzahlungen für laufende Drittmittelprojekte	438.061,22	653.127,73	
<u>I. Vorräte</u>				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	43.461,36	65.534,30	
1. In Arbeit befindliche Drittmittelprojekte	606.275,73		3.342.469,67	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	322.542,34	177.848,51	
2. Geleistete Anzahlungen	98.030,00		54.690,00	4. Sonstige Verbindlichkeiten	119.794,23	141.901,06	
3. Erhaltene Anzahlungen für laufende Drittmittelprojekte	-685.401,71		-3.394.917,56				923.859,15
		18.904,02	2.242,11				1.038.411,60
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen gegen Gesellschafter	784.919,40		719.643,90				
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.475,36		147.467,81				
		792.394,76	867.111,71				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		784.237,24	763.143,74				
		1.595.536,02	1.632.497,56				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		97.280,72	67.274,63				
		2.781.212,55	2.717.278,46		2.781.212,55	2.717.278,46	

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016

	<u>2016</u>		<u>2015</u>
	€	€	€
1. Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung durch Bund und Land Nordrhein-Westfalen		5.660.801,29	5.391.107,62
2. Erträge aus dem Projektgeschäft		9.693.721,83	4.775.601,53
3. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekten		-2.736.193,94	+1.444.733,60
4. Sonstige betriebliche Erträge		<u>288.149,41</u>	<u>300.213,01</u>
		12.906.478,59	11.911.655,76
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.615.739,25		5.781.869,05
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.360.432,85	7.976.172,10	1.243.089,10
- davon für Altersversorgung: € 265.231,66			<u>(264.893,73)</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		198.805,75	192.466,61
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		4.731.845,87	4.694.576,13
8. Erträge aus anderen Wertpapieren		<u>345,13</u>	<u>345,13</u>
9. Ergebnis nach Steuern		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
10. Jahresergebnis		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>



Anhang
für das Geschäftsjahr 2016

A. Allgemeine Erläuterungen

- (1) Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat ihren Sitz in Bonn und ist im Handelsregister des Amtsgericht Bonn (HRB 8741) eingetragen. Sie ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne der Größenkriterien des § 267 Abs. 1 HGB. Gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrages wendet es jedoch für Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts die nach dem HGB für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen an. Im Berichtsjahr wurden die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRuG) umgesetzt.

Die Gesellschaft wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert und bestreitet ihre Ausgaben im Rahmen eines jährlich durch einen Wirtschaftsplan festgelegten Budgets sowie aus Projektbudgets. Die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft wird im Wesentlichen von der Zuschuss- und Projektfinanzierung bestimmt. Gegenstand der Gesellschaft ist die Forschung, Beratung und Ausbildung für den Bereich der Entwicklungspolitik.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB. Aufgrund der Besonderheiten der Kapitalgesellschaft wurde zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses die Bezeichnung der Posten angepasst.

Das Institut macht im Jahresabschluss 2016 wie bereits im Vorjahr vom Ausweiswahlrecht des § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB in der Form Gebrauch, dass erhaltene Anzahlungen, auf in Arbeit befindliche Drittmittelprojekte und entsprechend geleistete Anzahlungen von den Vorräten offen abgesetzt werden.

B. Erläuterungen zur Bilanz

(2) Anlagevermögen

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen richten sich nach kaufmännisch anerkannten linearen Sätzen unter Berücksichtigung betriebsüblicher Nutzungsdauern.

Zum 31. Dezember 2016 werden die Bücher der wissenschaftlichen Bibliothek gegenüber den Vorjahren mit einem um 26 T€ erhöhten Festwert (50 T€) bewertet.

Die Entwicklung des Anlagevermögens (1.088 T€) ergibt sich aus dem Anlagespiegel. Die Zugänge des Berichtsjahres (352 T€) beziehen sich, soweit sie Sachanlagen betreffen (161 T€), im Wesentlichen auf die Anschaffung von Büroausstattung, EDV-Netzwerk und Medientechnik. Die Zugänge bei den Finanzanlagen (62 T€) betreffen Ausbildungsteilnehmern gewährte unverzinsliche Darlehen. Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen (129 T€) betreffen Software.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die sonstigen Ausleihungen (318 T€), die zum Nennwert angesetzt werden, umfassen Stipendien an Ausbildungsteilnehmer in Form unverzinslicher Darlehen.

(3) In Arbeit befindliche Drittmittelprojekte

Die in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekte wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen anteiligen Herstellungskosten bewertet. Die geleisteten Anzahlungen an Forschungspartner für noch zu erbringende Leistungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Die direkt zurechenbaren erhaltenen Anzahlungen werden, entsprechend § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB, offen von den Vorräten abgerechnet.

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen werden zum Nennwert bewertet. Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

Die aktivierten Ausgleichsansprüche gegen die Gesellschafter (785 T€) dienen der Abdeckung von durch Rückstellungen erfassten Aufwendungen, die erst bei Inanspruchnahme in Folgejahren mit Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung verrechnet werden. Darüber hinaus betreffen die Ausgleichsansprüche zu gewährende institutionelle und projektbezogene Mittel zum Ausgleich von Verbindlichkeiten, die in 2016 kosten-, aber erst in 2017 ausgabenwirksam werden. 46,6 T€ der Forderungen (Vorjahr 45,0 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen. Sie betreffen im Wesentlichen Vorschüsse und Erstattungsbeträge im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs.

(5) Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um in 2016 getätigte Ausgaben in Höhe von 97 T€, die Aufwand im Geschäftsjahr 2017 darstellen.

(6) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 50 TDM bzw. 26 T€ ist voll eingezahlt und zum Nennbetrag angesetzt.

(7) Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 1.063 T€ ist im Hinblick auf die Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände (151 T€), der Sachanlagen (594 T€) und der Ausleihungen aus Zuschüssen (318 T€) gebildet. Die Höhe entspricht dem Wert der betreffenden Aktiva. Die Auflösung erfolgt in Höhe der Abschreibungen (199 T€) bzw. Tilgungen (81 T€).

(8) Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen personelle Verpflichtungen und Mieterneuerungsverpflichtungen.

Die in Vorjahren nach § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a.F. gebildete Rückstellung aus Miet-erneuerungsverpflichtungen wurde entsprechend dem Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 3 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Rechtsgrundlage für die Rückstellungen der Jubiläumsverpflichtungen ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in der ab 1. Januar 2009 gültigen Fassung. Die Bewertung der Rückstellung erfolgte nach der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode). Dabei wurde der von Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) festgelegte Rechnungszins zum 31. Dezember 2016 mit 3,24% angesetzt. Der Gehaltstrend wurde mit 1,5 % berücksichtigt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurde die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

(9) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt und haben wie im Vorjahr Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern betreffen v.a. die zurückzuzahlende unverbrauchte institutionelle Zuwendung (126 T€) sowie Restmittel der Projektförderung (192 T€).

Besicherungen von Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Fremdwährungspositionen werden mit zeitnahen Kursen in EURO umgerechnet.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung durch Bund und Land Nordrhein-Westfalen

Die Erträge aus Zuschüssen im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von 5.661 T€ (einschließlich der Ausgaben für Anlagenzugänge) betreffen Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen zur Deckung der Ausgaben des Geschäftsjahres.

(11) Erträge aus Projekten

Die Erträge aus Projekten betreffen Erträge aus Gesellschafter- (6.268 T€) und Drittmittelprojekten (3.426 T€).

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Finanzanlagen (81 T€) und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen (200 T€).

(13) Personalaufwand

Der Personalaufwand entfällt auf durchschnittlich 128 (Vorjahr 122) im Geschäftsjahr 2016 beschäftigte Personen (ohne Aushilfen), davon 83 (Vorjahr 77) Wissenschaftler/innen, 45 (Vorjahr 45) Verwaltungsmitarbeiter/innen in den Serviceeinrichtungen des Instituts.

(14) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die für das Berichtsjahr verrechneten Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen (199 T€) wurden durch die entsprechende Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen ausgeglichen.

(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen Verwaltungsaufwendungen (3.518 T€) und die Aufwendungen des Betriebes (888 T€) sowie Zuführungen zum Sonderposten (327 T€).

D. Sonstige Angaben
-----(16) Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 waren:

Herr Professor Dr. Dirk Messner, Bonn, Direktor
Frau Dr. Imme Scholz, Bonn, stellvertretende Direktorin

Die Bezüge der Geschäftsführer betragen 200 T€, davon entfielen 108 T€ auf Prof. Dr. Dirk Messner und 92 T€ auf Dr. Imme Scholz. Es handelt sich ausschließlich um feste Bezüge.

(17) Kuratorium

Die Mitglieder des Kuratoriums waren im Geschäftsjahr 2016:

Dr. Friedrich Kitschelt, Vorsitzender
Staatssekretär, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ), Berlin

Alexander Baum
EU Ambassador and Head of the EU Delegation to Botswana,
European External Action Service, Brüssel

Prof. Dr. Philipp Dann
Professur für "Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung",
Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Ulrike Grote
Geschäftsführende Leitung, Institut für Umweltökonomik und Welthandel,
Leibniz Universität Hannover

Dr. Thomas Grünewald
Abteilungsleiter "Recht / EU und Internationales / Institutionelle Förderung" beim Ministerium
für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Joachim Heidebrecht
Direktor Abteilung "Entwicklung, Governance und Frieden",
KfW-Entwicklungsbank, Frankfurt am Main

Jürgen Hein
Abteilungsleiter „Europa und internationale Angelegenheiten“,
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Inge Kaul
Adjunct Professor/ Außerordentliche Professorin,
Hertie School of Governance, Berlin

Dr. Cyrill Nunn
Beauftragter für Menschenrechte, Internationale Entwicklung und Soziales, Auswärtiges Amt,
Berlin (ab April 2016)

Cornelia Richter
Mitglied des Vorstands, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
GmbH, Eschborn

Joachim Steffens
Referat VD1 – Entwicklungspolitik, Vereinte Nationen, UNCTAD; Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Bonn (ab April 2016)

Prof. Dr. Conrad Schetter
Wissenschaftlicher Direktor, Bonn International Center for Conversion (BICC)

Prof. Dr. Udo Steffens
Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung, Frankfurt School of Finance &
Management gGmbH, Frankfurt am Main

Barbara Susec
Leiterin Abteilung "Internationale Gewerkschaftspolitik",
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin (bis November 2016)

Prof. Dr. Claudia Warning
Vorstand "Internationale Programme und Inlandsförderung" bei Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin

Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig und erhalten lediglich einen Aufwandsersatz.

(18) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2016 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen von jährlich 822 T€ (Laufzeit bis März 2019), aus Leasingverträgen von jährlich rd. 22 T€ (Laufzeit bis Juli 2017) sowie aus dem Bestellobligo in Höhe von 147 T€

Für 5 ehemalige Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung und des Auswärtigen Amtes bestehen über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) Pensionsverpflichtungen, für deren Finanzierung Umlagen erhoben werden, die die Berichtsgesellschaft gegenüber dem Bund während der aktiven Beschäftigung übernommen hat. Da es sich insoweit um mittelbare Pensionsverpflichtungen handelt, wurde wie in den Vorjahren in Ausübung des bestehenden handelsrechtlichen Passivierungswahlrechts auf die Rückstellungsbildung für eine mögliche Unterdeckung aus der zugesagten Zusatzversorgung verzichtet.

(19) Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestehen nicht.

(20) Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt rd. 16 T€ und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

(21) Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK)

Die nach den Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex des Bundes vorgeschriebene Entsprechenserklärung wurde durch Geschäftsführung und Kuratorium abgegeben und der allgemeinen Öffentlichkeit auf der Internet-Homepage der Gesellschaft (www.die-gdi.de) als Teil des Corporate Governance Berichts dauerhaft zugänglich gemacht.

(22) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluß des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre, sind nicht zu verzeichnen.

Bonn, den 20. März 2017

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Die Geschäftsführung

Prof. Dr. Dirk Messner
Geschäftsführer

Dr. Imme Scholz
Stellv. Geschäftsführerin

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2016

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchrestwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 01.01.2016	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endstand 31.12.2016	Anfangsstand 01.01.2016	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge (-)	Endstand 31.12.2016	am Ende des Geschäfts- jahres	am Ende des vorange- gangenen Geschäfts- jahres	Durchschnitt- licher Ab- schreibungs- satz	Durch- schnittlicher Restbuch- wert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v. H.	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Entgeltlich erworbene Software	286.590,05	129.334,81	0,00	0,00	415.924,86	241.192,55	23.733,14	0,00	264.925,69	150.999,17	45.397,50	5,71	62,61
Summe I. Immaterielle Vermögensgegenstände	286.590,05	129.334,81	0,00	0,00	415.924,86	241.192,55	23.733,14	0,00	264.925,69	150.999,17	45.397,50	5,71	62,61
II. Sachanlagen													
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung													
a) Büroeinrichtungen	2.086.083,41	134.610,61	35.876,18	0,00	2.184.817,84	1.518.940,44	168.158,61	34.910,68	1.652.188,37	532.629,47	567.142,97	7,70	24,38
b) Kraftfahrzeuge	34.575,79	0,00	0,00	0,00	34.575,79	16.712,79	6.914,00	0,00	23.626,79	10.949,00	17.863,00	20,00	31,67
c) Wissenschaftliche Bibliothek	24.000,00	26.000,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	24.000,00	0,00	100,00
Summe II. Sachanlagen	2.144.659,20	160.610,61	35.876,18	0,00	2.269.393,63	1.535.653,23	175.072,61	34.910,68	1.675.815,16	593.578,47	609.005,97	7,71	26,16
Summe I. und II.	2.431.249,25	289.945,42	35.876,18	0,00	2.685.318,49	1.776.845,78	198.805,75	34.910,68	1.940.740,85	744.577,64	654.403,47	7,40	7,40
III. Finanzanlagen													
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.565,00	0,00	0,00	0,00	25.565,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.565,00	25.565,00	0,00	100,00
2. Sonstige Ausleihungen	337.537,80	62.178,96	81.463,59	0,00	318.253,17	0,00	0,00	0,00	0,00	318.253,17	337.537,80	0,00	100,00
Summe III. Finanzanlagen	363.102,80	62.178,96	81.463,59	0,00	343.818,17	0,00	0,00	0,00	0,00	343.818,17	363.102,80	0,00	100,00
Summe Gesamt	2.794.352,05	352.124,38	117.339,77	0,00	3.029.136,66	1.776.845,78	198.805,75	34.910,68	1.940.740,85	1.088.395,81	1.017.506,27	6,56	35,93



Lagebericht 2016

A. Darstellung der Geschäftstätigkeit

Das DIE führt auf der Grundlage unabhängiger Forschung Beratungs- und Ausbildungsaufgaben durch. Es erstellt für öffentliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland Gutachten zu entwicklungspolitischen Themen und berät sie im Hinblick auf aktuelle Fragen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Es bildet Hochschulabsolventen aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen EU-Mitgliedsländern für die berufliche Praxis in öffentlichen und privaten Institutionen der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik aus und qualifiziert junge Fachkräfte aus Schwellenländern aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zu Fragen globaler Politikgestaltung und internationaler Kooperation. Neben diesen Aufgaben übernimmt das DIE regelmäßig Forschungs- und Beratungsaufgaben für das BMZ und andere Auftraggeber im Rahmen von zusätzlichen Projekten.

Gesellschafter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik gGmbH sind die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen mit einer institutionellen Anteils- sowie Projektfinanzierung in Form von Zuwendungen. Aufgrund der Finanzierung des DIE durch öffentliche Zuwendungen werden Art und Umfang der Geschäftstätigkeit durch Beschluss der Gesellschafter und nach Zustimmung der jeweiligen Parlamente im Vorfeld des Berichtsjahres festgelegt. Marktmechanismen wie Wettbewerb, Konjunktur und Preisentwicklung haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, da die Gesellschaft aufgrund ihres Geschäftszweckes nur sehr begrenzt dem Marktgeschehen ausgesetzt ist. Mittelbar wirkt sich jedoch die gesamtwirtschaftliche und politische Entwicklung über deren Einflüsse auf die Haushaltswirtschaft der Gesellschafter (und damit die Höhe der bereitgestellten Zuwendungen) auf den Umfang der Geschäftstätigkeit aus. Eine Orientierung ist hierbei die mittelfristige Finanzplanung des Bundes, die auf fünf Jahre ausgerichtet ist und verlässliche Aussagen im Hinblick auf den politischen Willen und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung des DIE zulässt. Der Mitgesellschafter Land NRW ist zu 25 Prozent beteiligt und trägt die Planungen des Bundes mit.

B. Darstellung der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2016

Die Gesellschaft wird zum einem durch institutionelle Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert. Dazu hat sie im abgelaufenen Geschäftsjahr von den beiden Gesellschaftern Nettozuwendungen im Rahmen der institutionellen Förderung in Höhe von T€ 5.587,6 (Vorjahr T€ 5.348,6) beansprucht.

Die daneben vom BMZ, BMBF, BMUB und dem Land NRW erhaltenen Projektmittel betragen insgesamt T€ 6.268,3 (Vorjahr T€ 4.464,9). Über diese Mittel hinaus hat das DIE Erträge aus Beratungs- und Ausbildungsleistungen sowie Drittmittelforschung in Höhe von T€ 3.425,4 (Vorjahr T€ 310,7) erzielt.

Der Bestand an in Arbeit befindlichen Drittmittelprojekten hat sich um T€ 2.736,2 auf T€ 606,3 verringert.

Aufgrund der insgesamt gestiegenen Projektfördermittel konnte die Gesellschaft ihre Forschungs- und Beratungstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren weiter ausbauen.

Die Aus- und Fortbildungstätigkeit des DIE umfasste im Geschäftsjahr die Schlusausbildung des 51. Ausbildungsgangs und die ersten Studienmonate des im September 2016 begonnenen 52. Ausbildungsgangs mit jeweils 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Teilnehmenden des 51. Ausbildungsganges schlossen im Mai 2016 ihre Untersuchungen in den Gastländern Vietnam und Togo ab und verfassten anschließend ihre Abschlussberichte.

Darüber hinaus fand im Rahmen des gemeinsam vom DIE und der GIZ durchgeführten Dialog- und Weiterbildungsprogramms Managing Global Governance die 14. Global Governance School statt.

C. Personal

Am Ende des Berichtsjahres gehörten dem DIE 132 (Vorjahr 127) Beschäftigte an, die in den folgenden Bereichen tätig sind:

	Anzahl Mitarbeiter	
Wissenschaftlicher Bereich	87	(Vorjahr 81)
Serviceeinrichtungen	44	(Vorjahr 45)
Auszubildende	1	(Vorjahr 1)

85 Mitarbeiter/innen (davon 65 Wissenschaftler/innen und 20 Verwaltungsmitarbeiter/innen) wurden im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete hervorragende Arbeit für das Institut.

D. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr

Das langfristig gebundene Vermögen des DIE ist fristenkongruent nahezu vollständig durch Eigenkapital sowie Zuschüsse der Gesellschafter zur Finanzierung des Anlagevermögens finanziert.

Da die Bewilligung der institutionellen und projektbezogenen Zuwendungen durch die Gesellschafter jahresbezogen erfolgt und den Mittelbedarf zur Abdeckung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten nicht umfasst, werden insoweit auf Grundlage der Regelungen des Gesellschaftsvertrages Ausgleichsansprüche gegenüber den Gesellschaftern bilanziert, die aus den Mitteln des Erfüllungsjahres der bestehenden Verpflichtungen getilgt werden.

Die immateriellen Vermögensgegenstände, Sachanlagen und sonstigen Ausleihungen, bei denen es sich um Darlehen an Ausbildungsteilnehmer handelt, werden im Wesentlichen durch Zuschüsse der Gesellschafter finanziert, die unter den „Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen“ ausgewiesen werden. Das Stammkapital ist verzinslich in Wertpapieren des Anlagevermögens angelegt.

Die Investitionen im Bereich der Sachanlagen und der immateriellen Anlagegüter betragen T€ 289,9 (Vorjahr T€ 247,7) und betrafen im Wesentlichen die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik, EDV-Software sowie die Ausstattung von Büroräumen.

Der Jahresabschluss weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da nicht benötigte institutionelle Mittel und Projektzuwendungen der Gesellschafter nicht abgerufen werden dürfen und vorhandene Restmittel an die Zuwendungsgeber zurückzahlen sind. Außerhalb der institutionellen Förderung erzielte Erträge müssen, soweit sie im Jahre ihrer Entstehung nicht unmittelbar zur Deckung von außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Investitionen eingesetzt werden, auf die institutionellen Mittelzuwendungen der Gesellschafter angerechnet und an diese abgeführt werden. Eine Mittelsammlung auf Ebene der Gesellschaft, etwa durch Bildung von Rücklagen, ist nicht möglich.

Die Finanzlage des Instituts wird im Wesentlichen durch die getätigten Mittelabrufe im Rahmen der institutionellen Förderung und der Projektförderung durch die Gesellschafter und darüber hinaus durch erhaltene Anzahlungen im Rahmen von Drittmittelaufträgen bestimmt, die sich zum 31.12.2016 auf T€ 1.123,5 (Vorjahr T€ 4.048,0) beliefen.

Die Erträge des Instituts stiegen insgesamt um T€ 994,8 gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich hierfür sind stark gestiegene Erträge sowohl in der Projektförderung durch die Gesellschafter von T€ 6.268,3 (Vorjahr T€ 4.464,9) als auch bei der institutionellen Förderung in Höhe von T€ 5.660,8 (Vorjahr T€ 5.391,1). Denen gegenüber stehen zum Vorjahr geringere Erträge im Drittmittelbereich von T€ 1.066,2.

Die in 2016 um T€ 951,2 gestiegene Personalaufwendungen sind zum größten Teil durch das in 2016 stark gewachsene Projektgeschäft, aber auch durch Tarifierungsänderungen (hier insbesondere die Einführung der Stufe 6 ab EGr. 9b) begründet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen trotz gesteigertem Projektgeschäft nur moderat um T€ 37,2. Ursächlich hierfür waren überwiegend Kostenreduzierungen im Bereich der Sachverständigen- und Gutachterhonorare (- T€ 500,9) im Drittmittelbereich. Dem gegenüber steht ein Anstieg bei den Reiseaktivitäten in den Gesellschafterprojekten (+ T€ 471,7).

Den Abschreibungen auf immaterielle Anlagegegenstände und Sachanlagen (T€ 198,8) stehen in gleicher Höhe Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

E. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Finanzierung des DIE basiert auf drei Säulen: der institutionellen Förderung, Projektmitteln der Gesellschafter und sonstigen. Die Finanzstruktur macht deutlich, dass wesentliche bestandsgefährdende Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur dann entstehen können, wenn sich die institutionelle Förderung durch die beiden Gesellschafter stark verringert. Sonstige Risiken können durch Verringerungen bei der projektbezogenen Förderung bzw. der Förderung Dritter entstehen.

Für das Jahr 2017 ist die institutionelle Förderung durch den von den Gesellschaftern gebilligten Wirtschaftsplan weitestgehend sichergestellt. Allerdings wurde der Etat aufgrund einer globalen Minderausgabe des Bundes mit einer Kürzung von 5 Prozent des Bundesanteils belegt. Das DIE wird diese Kürzung im Sachhaushalt auffangen können. Die Finanzierung der Tarifrunde 2017 im Personalhaushalt wird derzeit mit den Gesellschaftern diskutiert.

Für das Jahr 2018 haben die Etatverhandlungen mit den Gesellschaftern begonnen. Eine gesicherte Prognose zum Verlauf der Verhandlungen ist zum gegenwärtigen Stand des Haushaltsaufstellungsverfahrens des Bundes verfrüht. Einsparungen gegenüber 2017 sind jedoch nicht zu erwarten. Die zur Umsetzung der Ziele des DIE angestrebten Projekte werden derzeit beim

Gesellschafter Bund beantragt. Teilweise liegen Projektbewilligungen vor, die schon den Zeitraum 2019/2020 abdecken.

Für die Jahre 2017 bis 2018 erwarten wir trotz der der zurzeit noch fehlenden Zusagen durch die Gesellschafter ein unverändert ausgeglichenes Ergebnis.

Das Projektvolumen konnte im Gegensatz zu den Vorjahren weiter gesteigert werden. Das Institut hat im vergangenen Jahr allerdings das Drittmittelaufkommen nicht auf den Stand der Vorjahre halten können. Hauptursache für die Steigerung auf der einen und Verringerung auf der anderen Seite war die Übernahme eines bisherigen großen Drittmittelprojekts in die unmittelbare Förderung des Bundes. Das Institut strebt für das laufende und die kommenden Jahre an, seine Drittmittelakquise schrittweise wieder auszubauen.

Bestandsgefährdende bzw. sonstige wesentliche Risiken zeichnen sich durch die eingeschlagene Entwicklung des Instituts derzeit nicht ab.

Bonn, den 20.03.2017

Die Geschäftsführung



Prof. Dr. Dirk Messner
Direktor



Dr. Imme Scholz
Stellv. Direktorin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bonn:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Bonn,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 26. April 2017

WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henseler	Lawrenz
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer